Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 82 (1988)

Heft: 6

Artikel: Selbstkritik - nein danke? : Die evangelische Kirche im (DDR-)Sozialismus

Autor: Boer, Dick / Südbeck-Baur, Wolf

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-143416

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Dick Boer / Wolf Südbeck-Baur

Selbstkritik – nein danke?
Die evangelische Kirche im (DDR-)Sozialismus

Die evangelische Kirche in der DDR hat eine gesellschaftliche Bedeutung wie wohl keine Kirche in einem anderen säkularisierten europäischen Land. Sie ist hier die einzige verfassungsmässig anerkannte gesellschaftliche Institution, die auf einer mit dem Marxismus-Leninismus unvereinbaren Weltanschauung basiert. Und gerade deshalb bietet sich die evangelische Kirche – ob sie es will oder nicht – als «alternativer» Raum an für alle, die sich in irgendeiner Weise, wenn schon nicht gegen die DDR-Gesellschaft, dann doch wenigstens neben ihr artikulieren wollen. Somit bildet diese Kirche nicht nur im Verständnis vieler Menschen, sondern auch in den Augen einiger kirchenleitender Persönlichkeiten einen «Freiraum»: Da muss sich niemand in der vorgegebenen Sprache mit der sozialistischen Gesellschaft zusammen- oder auseinandersetzen; da kann in jeder ideologischen Tonart debattiert werden. Nur so ist das merkwürdige Phänomen zu erklären, dass in der evangelischen Kirche der DDR auch entschiedene Nicht-Christen aktiv sind.

Allerdings muss unterstrichen werden, dass der Kirche diese gesellschaftliche Rolle als «alternativer» Raum nur zufallen konnte, weil in der DDR die Religionsfreiheit gewährleistet ist. Und dies, obwohl viele Leute die Religionsfreiheit als die Freiheit betrachten, aus der sozialistischen Gesellschaft auszusteigen. Diese Tatsache wiederum hängt sicherlich damit zusammen, dass die Kirche von jeher den Eindruck nährte, dem Sozialismus eher Vorbehalte als Gehalte abgewinnen zu können.

Daher kann nicht verwundern, wenn viele die vorhandenen Mängel des realen Sozialismus spontan als Erfolge der Kirche und der Religion interpretieren und so motiviert werden, sich an die Kirche zu wenden. Die Frage ist nur, wie die evangelische Kirche mit diesem Zuspruch umgeht. Denn solange sie nicht mit ihrer Vergangenheit bricht und unmissverständlich klarstellt, dass sie eben nicht das glückliche «Jenseits» eines nicht so glücklichen Sozialismus – mit einem allzumenschlichen Gesicht – sein will, solange ist sie wohl auch nicht ganz schuldlos am Zuspruch aus oppositionellen Kreisen.

Ermutigung zu kritischem Staatsbürgertum – eine Aufgabe der Kirche

Da die Väter des Sozialismus dachten, dass sich die Kirche von selbst erübrige, wenn die sozialistische Gesellschaft geschaffen worden sei, bildet die Kirche in der DDR-Gesellschaft historisch gesehen einen Fremdkörper. Daher tut sie sich schwer, im Rahmen der realen, verfassungsmässigen Möglichkeiten ihre Freiheit zu nutzen. Die Frage ist also, wie die Kirche mit der gesetzlich zugestandenen Religionsfreiheit umgeht: Für Aussteiger attraktiv zu sein, ist leicht; wesentlich schwerer und unattraktiver hingegen ist es, Aussteiger zu ermutigen, kritische Staatsbürger der DDR zu werden. Wer das will, braucht vor allem historisches Bewusstsein.

Denn die DDR hat trotz allem – nicht zuletzt trotz der Kirche – so manches realisiert, was westliche Staaten bisher nicht zu leisten vermochten: Vollbeschäfti-

gung sowie Bildung und ein Gesundheitswesen für alle. Auch wenn diese Errungenschaften vielen DDR-Bürgern schon selbstverständlich sind, so sind sie historisch betrachtet eine gewaltige Leistung. Dies zu vermitteln – könnte das nicht Aufgabe einer auch von ihren Vorbehalten dem Sozialismus gegenüber freien Kirche sein?

«Kirche im Sozialismus» – eine schillernde Formel

Die Kirche hat die Freiheit, ihre eigene Position innerhalb dieser sozialistischen Gesellschaft zu bestimmen. So versteht sich die Kirche seit nunmehr fünfzehn Jahren als «Kirche nicht neben, nicht gegen, sondern im Sozialismus». Was aber meint sie damit genau? Die Formel verrät nämlich eine gewisse Verlegenheit. Zwar sind ihre Negativ-Aussagen klar: nicht neben und nicht gegen den Sozialismus; ihre Positiv-Aussage bleibt jedoch schillernd. Denn die Aussage «im Sozialismus» lässt offen, ob die Kirche nur anerkennt, sich nun einmal in einer sozialistischen Gesellschaft zu befinden, oder ob sie sich auch für das Wohl dieser und keiner anderen Gesellschaft mitverantwortlich weiss.

Wahrscheinlich ist die Formel der kleinste gemeinsame Nenner, dem zur Zeit die verschiedensten Strömungen in der Kirche zustimmen können. Eine offene Frage ist jedoch weiterhin, was es denn heisst, im Sozialismus Kirche zu sein.

Opposition unter dem Dach der Kirche

Die Pluralismusvorstellung, dass jeder in der Kirche alles sagen kann, als konkrete Weise, die Formel «Kirche im Sozialismus» mit Leben zu füllen, stösst mehr und mehr an ihre Grenze. Und dies nicht so sehr, weil der Staat die Freiheit der Kirche nicht akzeptierte, sondern vielmehr weil die Leute, die sich unter dem Dach der Kirche organisiert haben, mehr wollen, als alles sagen zu dürfen. Für sie soll die Kirche nicht mehr länger nur ein Freiraum sein, sondern als Plattform für politische Programme dienen. Systemveränderung ist angesagt.

Da die Kirche einen offenen Konflikt mit dem Staat vermeiden muss, wenden sich die Leute, die nun gerade mit gesellschaftsverändernder Absicht in der Kirche aktiv sind, immer stärker auch gegen die Kirche selbst. Deutlich wurde dies zum ersten Mal auf dem Berliner Kirchentag im Juni 1987. Neben dem offiziellen Programm hatte sich nämlich ein «Kirchentag von unten» konstituiert. Hier wurde Kritik an der real existierenden Kirche zumindest ebenso laut wie die übliche Kritik am real existierenden Sozialismus. Und damit die Kritik an der Kirche keine Eintagsfliege bleibt, hat sich der «Kirchentag von unten» noch während des letzten Kirchentages als bleibende Einrichtung formiert – als «Kirche von unten».

Die Zeit ist für die Kirche überreif, sich zu erklären

Inzwischen hat sich die Situation noch verschärft. «Glasnost» und «Perestroika» haben auch in der DDR vielfach die Erwartung bestärkt, die Zeit sei reif für offenere Opposition: Ausreisewillige finden sich zusammen zur Demonstration, Ex-Parteigenossen wollen öffentlich Rosa Luxemburgs ganz anders gedenken als die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED). Sie alle – und das ist wiederum bezeichnend – erwarten solidarische Hilfe von der Kirche. Auf diese Weise wird nämlich noch einmal unterstrichen, dass die Kirche faktisch einen «Fremdkörper im Sozialismus» bildet.

Besonders hat uns die Tatsache betroffen gemacht, dass die Ausreisekandidaten die Einrichtung eines Büros für die seelsorgerliche Betreuung Ausreisewilliger spontan als ein Büro zur Vermittlung von Ausreisen auffassten. Mittlerweile ist dieses Büro zwar von der Kirchenleitung aufgelöst worden, zurück bleibt jedoch ein wichtiges Problem: Die Kirche

kann in solchen Situationen nicht mehr von Fall zu Fall reagieren und dabei ihre Position in der sozialistischen Gesellschaft in der Schwebe lassen. Die Zeit ist überreif, sich näher zu erklären!

Nun haben sich kirchenleitende Persönlichkeiten wiederholt gegen das Verlassen der DDR gewendet. Kritisch bemerkten sie dazu aber im gleichen Atemzug, dass der Staat seinerseits zu einem Klima beitragen sollte, das die Menschen ermuntere zu bleiben. Was aber den eigenen, den kirchlichen Beitrag zur Schaffung dieses Klimas betrifft, darüber haben dieselben kirchenleitenden Persönlichkeiten bisher noch kein Wort verlauten lassen.

Um es klar zu sagen: Es wäre nichts gegen ein Mehr an persönlicher Freiheit einzuwenden. Am 3. März dieses Jahres hat zum Beispiel Bischof Leich bei seinem Gespräch mit Erich Honecker noch betont, der Staat sollte Reisen in den Westen erleichtern und den Kauf westlicher Zeitungen in der DDR zulassen. Aber weil sich die evangelische Kirche nur auf solche Forderungen beschränkt, ist nicht zu sehen, dass sie sich auch um die Qualität des Sozialismus sorgt, dass sie also wirklich mit beiden Beinen «im Sozialismus» steht.

Versöhnung mit Sozialisten

Wünschenswert und notwendig ist unseres Erachtens eine Erklärung, in der die evangelische Kirche in der DDR bekennt: Ja, wir haben dem real existierenden Sozialismus das Leben schwer gemacht und damit unser Scherflein dazu beigetragen, dass dieser Sozialismus manchmal so hässlich aussieht. Mit diesem Schuldbekenntnis könnte die Kirche auch überzeugender klarmachen, dass ihre Kritik konstruktiv und aufbauend sein will. Eine solche Erklärung könnte ein Zeichen dafür sein, dass die Kirche mit den Genossen – nicht gegen sie oder neben ihnen – auf eine Welt in Gerechtigkeit und Frieden hofft.

Es gibt in der DDR durchaus auch Kräfte, welche die Rolle der evangelischen Kirche in der sozialistischen Gesellschaft anders begreifen. Dies belegt die Erklärung von 82 Christen, vornehmlich Pfarrern und Universitätstheologen, «Leben aus Busse? – Vierzig Jahre nach dem Darmstädter Wort».* Dort heisst es: «Es bleibt die geschichtliche Schuld unserer deutschen evangelischen Kirchen, dass sie ein falsches Verständnis von christlicher Freiheit nicht überwunden haben und deshalb übertrieben auf Eigenständigkeit, in Distanz gegenüber der sozialistischen Ordnung unseres Staates, pochen. (. . .) Wir wollen mithelfen, dass unsere Kirchen ihre Existenz in der sozialistischen Gesellschaft bejahen, weil es um die bessere Ordnung der Gesellschaft und auch um ein ‚besseres deutsches Staatswesen' geht, als wir es in der Vergangenheit kannten. (. . .) Dazu gehört, dass wir Fehler und Missstände auch als Folgen unserer eigenen Schwäche anerkennen und für ihre Korrektur arbeiten, statt vor ihnen zu fliehen. Es bleibt für uns darum beim Darmstädter Wort: ‚Wir sind in die Irre gegangen, als wir begannen, eine christliche Front aufzurichten gegenüber notwendig gewordenen Neuordnungen im gesellschaftlichen Leben der Menschen.'»

Leider ist dies die Erklärung nur einer kleinen Minderheit in der Kirche. In den westlichen Medien werden diese Christen meistens dargestellt als Leute, die sich der offiziellen Linie des Staates angepasst hätten. Wer diese Erklärung jedoch aufmerksam durchliest, kommt zu einem anderen Urteil. Ihm wird auffallen: Hier sprechen Christen, die so frei sind, zuerst selbstkritisch, sodann solidarisch und auf dieser Grundlage dann durchaus auch kritisch zu sein. Nach einem solchen Selbstverständnis spricht zumindest ein Teil der Kirche nicht von oben auf andere herab, sondern sucht von unten «der Stadt Bestes».

Auch bei den Kirchenleitungen scheint zwar etwas in Bewegung zu geraten. Denn kürzlich veröffentlichte der

Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR zusammen mit der Evangelischen Kirche in (West-)Deutschland ein längst überfälliges, aber dennoch erfreuliches «Wort zur Versöhnung und Verständigung» mit der Sowjetunion. Trotzdem drängt sich die Frage auf, ob damit nicht zugleich dem für die DDR notwendigen Wort ausgewichen wird. Wir meinen das Wort zur Versöhnung und Verständigung mit den deutschen Kommunisten und Sozialdemokraten; mit jenen, denen schon seit 1933 «Frevel angetan» wurde, wie es das Wort der beiden Kirchen «den Menschen der Sowjetunion» gegenüber formuliert.

* Das Darmstädter Wort wurde 1947 vom linken Flügel der Bekennenden Kirche unter Federführung des Schweizer Theologen Karl Barth aufgesetzt. Es wurde verfasst als «Wort des Bruderrates der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD) zum politischen Weg unseres Volkes» gegen den konservativen Trend in der EKD.

Willy Spieler

Zeichen der Zeit
Zwanzig Jahre nach 1968

Erst eine tote Bewegung ist eine gute Bewegung. Von der 68er Bewegung ist in diesem «Jubiläumsjahr» so wohlwollend die Rede, dass, wenn sie nicht ganz tot ist, sie jedenfalls für tot gehalten wird. Ist die Erinnerung an «1968» so ganz ungefährlich geworden? Immerhin sind die 68er die einzige Bewegung nach dem Zweiten Weltkrieg, der es gelungen ist, Weltbild und Wertsystem der etablierten Gesellschaft durch einen Akt kollektiver Bewusstseinsveränderung zu «verunsichern». Selbst die «Neue Zürcher Zeitung» kam damals gegenüber dieser «Provokation der Gesellschaft und ihrer demokratischen Ordnung» über ein larmoyantes «Wehret den Anfängen!» (17. Juni 1968) nicht hinaus. Und noch ein paar Jahre später meinte US-Aussenminister Henry Kissinger: «Ganz Europa wird innerhalb von zehn Jahren marxistisch sein» (Der Spiegel, 12. Mai 1975). Die Gesellschaftskritik der 68er wurde nie widerlegt, keines der von ihnen aufgezeigten Probleme je gelöst – und trotzdem scheint der Kapitalismus gesellschaftlich wieder so stark verankert zu sein, dass selbst den Linken der damals gängige Begriff des «Spätkapitalismus» kaum mehr auf die Zunge oder unter die Feder kommt.

Wie ist es zur 68er Bewegung gekommen? Warum hat sie der «Wende», die zehn Jahre später im Schwang war, nicht standgehalten? Worin liegen trotz allen Scheiterns die Langzeitwirkungen dieser Bewegung?

Ursachen der 68er Bewegung

Ernst Bloch hat den Faschismus auf die Formel *«Kapitalismus plus Mord»* gebracht. Ob diese «Definition» zulässig sei, ist hier nicht zu untersuchen. Tatsache ist, dass «Kapitalismus plus Mord» die Reaktion der 68er Bewegung ausgelöst hat. Verständlich ist auch, dass diese Bewegung die Unterscheidung zwischen demokratisch und totalitär herrschendem Kapitalismus nicht genügend ernst nahm, da «Kapitalismus plus Mord»